



Presseschau vom 17.03.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news* und *novorosinform* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform*) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Nachts:

De.sputniknews.com: Die ukrainische Fliegerin Nadeschda Sawtschenko hat ihren Anfang März in russischer U-Haft abgebrochenen Hungerstreik wieder aufgenommen. Das bestätigte ihr Anwalt Nikolai Polosow am Montag im Kurznachrichtendienst Twitter. Sawtschenko, der die russische Justiz Beihilfe beim Mord an zwei russischen Journalisten zur Last legt, sitzt seit Sommer vergangenen Jahres in russischer Untersuchungshaft. Bei ihrem 70-tägigem Hungerstreik forderte sie die Rückführung in die Heimat. Anfang März wurde sie von Ärzten überzeugt, den Hungerstreik zu beenden, beschloss aber später, ihn fortzusetzen.

Ukrainische Mediziner, die die Fliegerin vor kurzem besucht hatten, schätzten ihren Gesundheitszustand als verhältnismäßig stabil ein und fanden die von russischen Ärzten vorgeschlagene Methode zur Wiederherstellung der Gesundheit im Prinzip für richtig. Russische Ermittler sind der Ansicht, dass Sawtschenko im vergangenen Sommer das Feuer der ukrainischen Artillerie in der Donbass-Region gelenkt haben soll. Bei einem von ihr gesteuerten Beschuss seien zwei russische Reporter ums Leben gekommen, hieß es in Moskau. Kurze Zeit später reiste Sawtschenko, getarnt als ein Flüchtling, nach Russland ein, wo sie verhaftet wurde.

Dan-news.info: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die vereinzelt Beschüsse unserer Positionen durch die ukrainischen Streitkräfte hören nicht auf. Die meisten von ihnen erfolgen wie zuvor in Richtung Donezk und in südlicher (Mariupol) Richtung, wo sich seit dem Inkrafttreten der Minsker Vereinbarungen faktisch kein Regime der Feueinstellung eingetreten ist.“

„Unsere besondere Befürchtung ruft die offene Unterstützung der Erhaltung der hohen Spannung, am Rande der Wiederaufnahme von Gefechten, in diesen Gebieten von Seiten Kiews hervor, das sich dessen für seine innenpolitischen Ziele bedient, wobei es genau weiß, dass wir dort keinerlei Angriffshandlungen führen oder planen.“

Basurin sagte, dass in den angegebenen Gebieten, gemäß den Angaben der Aufklärung, in den letzten Tagen eine Konzentration von bedeutenden Kräften der ukrainischen Artillerie

erfolgt. „Es werden Maßnahmen durchgeführt, um an den frontnahen Positionen Artilleriesysteme, die unter die Bedingungen der Minsker Vereinbarungen fallen, durch Waffen geringeren Kalibers zu ersetzen. Insbesondere in der 30. und der 92. mechanisierten Brigade, die sich in der Konfliktzone befinden, sind allein in den letzten 24 Stunden 12 Einheiten 85-mm-Kanonen D-44 stationiert worden“.

„Insgesamt gab es in den letzten 24 Stunden 32 Beschüsse, unter dem Feuer der ukrainischen Streitkräfte starben drei Milizangehörige, weitere drei wurden unterschiedlich schwer verletzt.“

Basurin hob besonders das empörende Verbrechen der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet der Ortschaft Saitschenko in Richtung Mariupol hervor, wo mit den Waffen ukrainischer Panzer das Feuer zielgerichtet auf einem Lastwagen mit Milizangehörigen eröffnet wurde. Beide sich in dem Fahrzeug befindenden Kämpfer wurden getötet. „Die Information über diesen Fakt wurde sofort an die OSZE-Beobachtermision weitergegeben.“

Basurin fügte hinzu, dass die Kämpfer der Milizen der DVR trotz der Provokationen „weiterhin streng die Minsker Vereinbarungen einhalten und das Feuer nicht erwidern“. Der nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hat begonnen zielgerichtet die sogenannten „Freiwilligen“-Bataillone für Aktionen zur Einschüchterung an der frontnahen Zone der DVR zu nutzen.

„Wenn früher der ukrainische Generalstab versuchte irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen zur Wiedererlangung der Steuerbarkeit dieser Banden zu ergreifen, so wurden in der letzten Woche alle diese Versuche beendet. Die Ursache solcher Änderungen ist, nach Angaben unserer Aufklärung, der Auftrag des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats zur Nutzung der nazistischen Bataillone für die Durchführung von Terroraktionen und Einschüchterung in der frontnahen Zone der DVR.“

„Damit diese Tätigkeit zu koordinieren wurde der bekannte Terrorist, der Anführer des „Rechten Sektors“ Dmitrij Jarosch beauftragt, der auf Vorschlag des Sekretärs der Sicherheits- und Verteidigungsrats Turtshinow, unterstützt vom Präsidenten der Ukraine Poroschenko, zum Berater des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Mushenko ernannt wurde.

Nach den Worten Basurins agieren im Gebiet der Kontaktlinie nun ca. 20 Strafabteilungen, die richtiger „nomadisierende Banden“ genannt würden. Ihre Stärke beträgt jeweils zwischen 30 und 100.

„Diese Banden nazistischer Ausrichtung sind nicht nur mit Schusswaffen bewaffnet, sondern auch mit schwerer Panzertechnik, Artillerie und in einer Reihe Gebiete mit Salvengeschützen. Alle Minsker Vereinbarungen bewerten sie als Verrat Kiews an ihren Interessen und deshalb bleiben alle Befehle, die nicht von Seiten ihrer Sponsoren oder Feldkommandeure kommen, ohne Beachtung.“

Basurin fügte hinzu, dass allen Abteilungen der Kräfte der DVR schon die notwendigen Befehle über die Erhöhung der Wachsamkeit und die Nichtzulässigkeit der Erwidern des Feuers gegeben wurden, aber der ukrainischen Führung muss klar sein, dass Handlungen der genannten Art ein „Weg ins nirgendwo“ sind.

1TV.ru: Der Präsident der Ukraine Pjotr Poroschenko hat am Montag den Lauf der Realisierung der Minsker Vereinbarungen und der Reformen in der Ukraine mit führenden Politikern Deutschlands besprochen. Im Rahmen eines Arbeitsbesuches traf er sich mit Bundespräsidenten Joachim Gauck getroffen danach zu Verhandlungen mit Angela Merkel. Auf Weg zum Amt der Bundeskanzlerin erwartete den ukrainischen Präsidenten eine unangenehme Überraschung. In der Mitte von Berlin hatten Aktivisten eine Mahnwache unter den Losungen organisiert: "Rettet die Menschen im Donbass!" und "Kein Faschismus in der Ukraine!" Außer den entsprechenden Plakaten haben die Teilnehmer der Aktion Fotografien mitgebracht, auf denen Zivilisten abgebildet waren, die Opfer des Beschusses

durch das ukrainische Militär wurden...



vormittags:

de.sputniknews.com: In der Stadt Konstantinowka im Gebiet Donezk ist es am Montag zu Unruhen gekommen, nachdem ein ukrainischer Soldat ein siebenjähriges Mädchen mit einem Luftlandepanzer überrollt hatte.

Die Tante des Mädchens, die dabei war, wurde mit zahlreichen Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Der Säugling, den die Frau bei sich hatte, wurde glücklicherweise nicht verletzt.

Der Panzerfahrer stand der örtlichen Polizeibehörde zufolge vermutlich unter Alkoholeinfluss. Am Montagabend versammelten sich die Ortsbewohner vor den Kasernen, in denen ukrainische Soldaten untergebracht sind, warfen Steine in die Fenster, steckten zwei Autos der Nationalgarde in Brand und kippten ein weiteres Auto um. Als Antwort gaben die Soldaten mehrere Schüsse in die Luft ab. Nach Mitternacht kündigten die Behörden an, alle Objekte in Konstantinowka unter Kontrolle gebracht zu haben.

Den Ordnungshütern in Konstantinowka sei nun erlaubt, bei Provokationen Wirkungsfeuer zu eröffnen, sagte Anton Geraschtschenko, Berater des ukrainischen Innenministers, gegenüber dem Fernsehsender „112 Ukraina“.

„Sollte jemand in Konstantinowka mit einer Waffe in der Hand gegen die Gesetze der ukrainischen Macht vorgehen und den gegebenen Straßenverkehrsunfall als Vorwand zu massenhaften Zusammenstößen nutzen, wird zuerst ein Warnschuss abgegeben werden, danach wird Wirkungsfeuer eröffnet. Falls es keine Zeit zum Warnen gibt, wird sofort scharf geschossen“, äußerte Geraschtschenko.

„Niemandem ist es erlaubt, die ukrainische Macht mit einer Waffe in der Hand auf dem Territorium der Ukraine zu unterminieren“, fügte Geraschtschenko hinzu.

Ihm zufolge wurden alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Situation in Konstantinowka zu stabilisieren.

Lug-info.com: Offizielle Erklärung des Bevollmächtigten Vertreters der LVR bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnogo

Am 16. März hat der Vorsitzende der Obersten Rada der Ukraine Wladimir Grojsman die bevorstehende Abstimmung über den Beschluss kommentiert, der die Liste der Territorien bestimmt, auf die sich das besondere Regime in Übereinstimmung mit dem Gesetz der

Ukraine „Über die besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“ erstreckt, das durch den Präsidenten des Landes Petr Poroschenko zur Erörterung in der ukrainische Parlament zur Erfüllung von Punkt 4 des Maßnahmekomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen eingebracht wurde. Wie die Massenmedien berichten, erklärte der Sprecher auf einem Abstimmungstreffen der Abgeordnetengruppen und Fraktionen der Obersten Rada der Ukraine, dass es „der Beschluss keinerlei Regelungen über einen besonderen Status, sondern über die Territorien enthält, wo freie und demokratische Wahlen durchgeführt werden sollen“ und wo „eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung errichtet wird“. „Deshalb ist von einem besonderen Status, über irgendwelche besonderen Dinge, nicht die Rede“, sagte Grojsman. Ja, tatsächlich enthält die eingebrachte Beschlussvorlage nicht die Worte „besonderer Status“, und für sich allein muss dieser Beschluss keinerlei Status einrichten. Aber die Rede ist von der Erfüllung der Norm des Paragraphen 1 des Gesetzes der Ukraine „Über eine besondere Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung in einzelnen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk“, deren Fehlen die Anwendung des genannten Gesetzes verhindert, das in den Medien nicht anders als „Gesetz über einen besonderen Status...“ genannt wird (Zweifelnden hilft Google sich davon zu überzeugen). Mit dem Inkrafttreten eines solchen Beschlusses soll das Gesetz sein Subjekt bekommen und faktisch in Kraft gesetzt werden (mit einer Verspätung von einem halben Jahr im Hinblick auf sein Inkrafttreten, und von einigen Tagen im Hinblick auf den Maßnahmekomplex vom 12. Februar 2015). Obwohl dieses Gesetz nach seiner Benennung und nach dem Fehlen des Worten „Status“ im Text zu urteilen sich nicht im ganzen auf einen Status bezieht, bestimmt es Besonderheiten der Anwendung der Gesetzgebung der Ukraine in einzelnen Gebieten, die Subjekte dieses Gesetzes sind, es bestimmt besondere Bedingungen und die Verpflichtung der Ukraine bei der Realisierung des Programms der sozialökonomischen Entwicklung dieser einzelnen Gebiete zusammenzuarbeiten, es bestimmt besondere Bedingungen für die grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der einzelnen Gebiete mit der RF, setzt besondere Bedingungen für die Ernennung von Funktionsträgern eine Reihe von bewaffneten Strukturen und die Schaffung eigener Militärbehörden – und was ist das denn, wenn nicht im Wesen ein „besonderer Status“?

Aber dieses Gesetz legt nur die Grundlagen für einen besonderen Status, der sich aus der besonderen Ordnung der örtlichen Selbstverwaltung ergibt und tatsächlich wäre es angebracht ein gesondertes Gesetz „Über einen besonderen Status“ anzunehmen, um eine in allen Aspekten vollständige Interpretation des besonderen Status der einzelnen Gebiete der Oblaste Donezk und Lugansk zu geben.

de.sputniknews.com: In Kiew haben hunderte Soldaten am Dienstag die Hauptstraße, den Kreschtschatik, aus Protest abgesperrt. Sie fordern die Vergabe von Grundstücken, die die Regierung ihnen für die Teilnahme am Kriegseinsatz gegen die östlichen Protestregionen Donezk und Lugansk versprochen hatte.

An der Kundgebung direkt vor dem Gebäude des Landwirtschaftsministeriums nehmen rund 500 Menschen teil, wie ein Korrespondent der Nachrichtenagentur Tass vor Ort berichtet. Die Regierung hatte bereits 2014 versprochen, allen Veteranen der Kampfhandlungen im Donbass gratis Grundstücke zu vergeben. Insgesamt 18,4 Hektar sollen verteilt werden. Laut ukrainischen Behördenangaben haben rund 27.900 Militärangehörige Anspruch auf Grundstücke erhoben. Doch wegen bürokratischer Hürden zieht sich der Prozess in die Länge hin.

Dan-news.info: Erklärung von Denis Puschilin über die Veränderungen im Gesetz über den besonderen Status des Donbass

Der Text des Gesetzes der Ukraine über den besonderen Status des Donbass, das im September der letzten Jahres beschlossen wurde, entspricht im ganzen den

Verhandlungspositionen der DVR und LVR, die am 1.9.2014 veröffentlicht wurden und wurde mit ihren Vertretern im Verlauf der Minsker Konsultationen abgestimmt.

Es werden keinerlei nicht mit uns abgestimmte Veränderungen daran, die von Poroschenko eingebracht wurden, von den Republiken anerkannt. Sie sind von unserem Gesichtspunkt aus juristische unsinnig und politisch jämmerlich. Und sie verletzen direkt Geist und Buchstabe der Minsker Vereinbarungen – sowohl das Protokoll vom 5.9.14 als auch den Maßnahmekomplex vom 12.2.15.

Der Minsker Prozess ist praktisch abgebrochen, weil seine Grundlage – das Gesetz über den besonderen Status – in seinem Wesen durch die Änderungen von Poroschenko verändert wurde. Poroschenko betrügt, wendet sich, stellt offen einen Dummkopf dar. Er respektiert das Volk des Donbass nicht, er will keinen Frieden. Das heißt, er wird Krieg bekommen. Und die neuen Opfer werden wieder auf seinem Gewissen sein. Und auf dem Gewissen von Turtshinow und Jazenjuk, mit denen zusammen er sich immer neue Ausflüchte ausdenkt, um die Minsker Vereinbarungen nicht zu erfüllen.

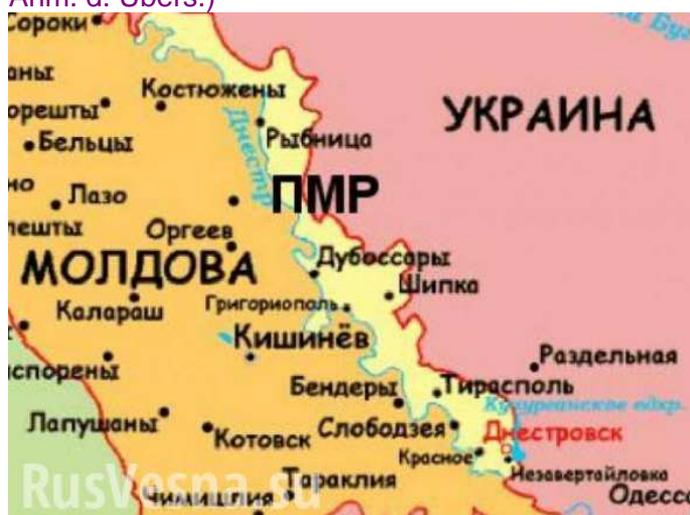
rusvesna.su: NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg sagte, bei einem Treffen mit dem moldawischen Premierminister Cyril Gaburici, dass die NATO-Staaten für den Abzug der russischen Truppen aus der Region der Republik Moldau Transnistrien eintreten.

Der Generalsekretär der NATO erklärte: "NATO-Mitgliedstaaten haben immer die Republik Moldau bei den Problemen des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa unterstützt und den Abzug der russischen Truppen aus dem Hoheitsgebiet der Republik Moldau gefordert."

Im Gegenzug hatte Ministerpräsident Cyril Gaburici vorgeschlagen, ein Büro der NATO in Chisinau zu eröffnen.

Nach den Worten des Politikers „wird dies den politischen Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der Republik Moldau und der NATO fördern.“

(Transnistrien hatte 1990 ein Referendum durchgeführt und sich auf dessen Grundlage 1991 für unabhängig erklärt. Moldawien akzeptierte die einseitige Abspaltung Transnistriens jedoch nicht und betrachtet Transnistrien weiterhin als Teil seines Territoriums. Seit 2001 ist Transnistrien Mitglied der Gemeinschaft nicht anerkannter Staaten. Bis heute bemüht sich die transnistrische Regierung um eine internationale Anerkennung des Staates, ein Aufnahmeantrag in die RF wurde im Zuge des Ukraine Konfliktes im März 2014 gestellt – Anm. d. Übers.)



Lug-info.com: Mitteilungen des Leiters des Stabes der Volksmiliz der LVR Sergej Koslow (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Die Kiewer Streitkräfte haben in Verletzungen der Minsker Vereinbarungen ca. 20 Einheiten

schwerer Technik mit einem größeren Kaliber als 100mm nicht von der Kontaktlinie abgezogen.

So gibt es im Bereich von Artjom und Petrowka verdeckte Stellungen von Haubitzen – bis zu 10 Einheiten. Im Bereich von Popasnaja befinden sich verdeckt 5 Einheiten automatischer Artilleriegeschütze. Im Bereich von Orechowo wurden 2 Grad-Raketensysteme entdeckt, ebenso im Westen von Troizkoje.

Im Bereich von Toschkowka wurden Übungen unter Verwendung eines 120mm-Geschützes durchgeführt. Im Bereich von Krymskoje – Trjoxisbenki – Orechowo – Donezkowo wurden Übungen mit Panzer und Schusswaffen durchgeführt.

„All dies geschah in unmittelbarer Nähe der Abgrenzungslinie. Nach unserer Auffassung tragen solche Maßnahmen provokativen Charakter.

In der letzten Woche wurden vier Fälle von Verletzung des Regimes der Feuereinstellung festgestellt.

Dan-news.info: „In den letzten 24 Stunden wurden 19 Verletzungen der Feuereinstellung festgestellt, vor allem wurden Spartak und der Donezker Flughafen beschossen“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.“

Spartak wurde hauptsächlich mit Artillerie vom Kaliber 120mm und 82mm aus Richtung Awdejewka beschossen.

Es wurden Wohnhäuser zerstört. Informationen über Verletzte unter der Zivilbevölkerung liegen nicht vor.

nachmittags:

de.sputniknews.com: Gestern hatte man in Riga den Eindruck, als seien die finsternen Jahre des Zweiten Weltkrieges zurückgekehrt, in denen die deutsche Waffen-SS durch die Stadt marschierte. Heute sind es die Neofaschisten aus der lettischen Regierungskoalition, schreibt die „Rossijskaja Gaseta“ am Dienstag.

Vor 20 Jahren marschierten die Waffen-SS-Veteranen am 16. März zum ersten Mal durch Riga. Sie feierten den Jahrestag der Schlachten gegen die Rote Armee am Fluss Welikaja im Gebiet Pskow. Von 1998 bis 1999 war der „Tag der Legionäre“ sogar ein staatlicher Feiertag, der wegen der Kritik der Weltgemeinschaft jedoch abgeschafft wurde. Das hindert einige lettische Politiker jedoch nicht daran, an dem Neonazi-Aufmarsch teilzunehmen.

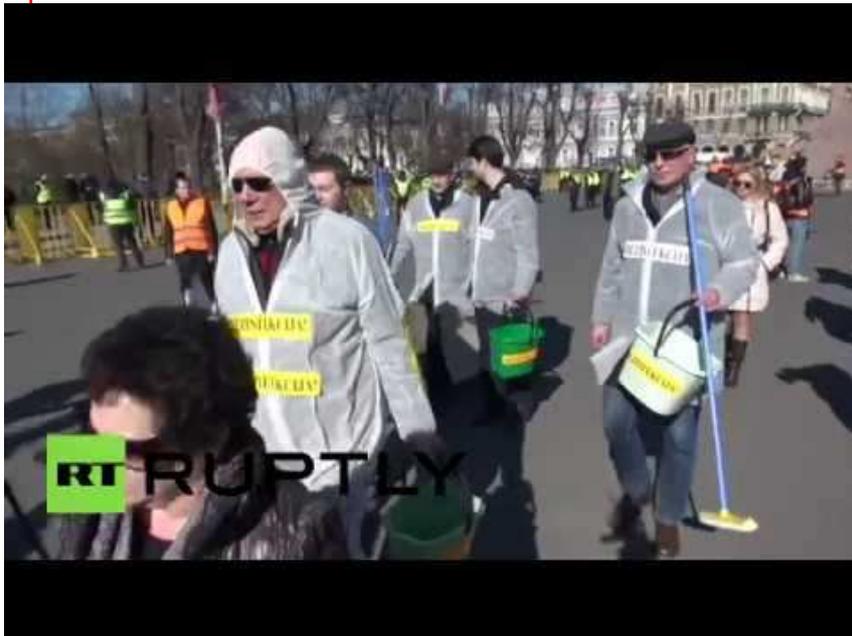
Dieses Jahr marschierten die Abgeordneten der Nationalen Allianz Raivis Dzintars, Jānis Dombrova und Imants Parādnieks mit. Die Nationale Allianz gehört der lettischen Koalitionsregierung an.

Anfang der 1990er-Jahre schien es so, als ob der Westen Lettland dazu bewegen konnte, die Aufmärsche der Nazi-Anhänger abzusagen. Doch es kam nur zu kosmetischen Veränderungen.

Die ehemalige Präsidentin Vaira Vīķe-Freiberga hatte in ihrer Amtszeit das faschistische Konzentrationslager Salaspils in ein Arbeitserziehungslager umbenannt. Hunderttausende Menschen wurden dort vernichtet. In Lettland haben viele jedoch keine Hemmungen, die Geschichte einfach umzuschreiben. 2007 behauptete der lettische Historiker Inesis Feldmanis öffentlich, dass in Salaspils "nur 2000 Menschen" umgekommen sind. Fortan galt diese Zahl als offizieller Standpunkt Rigas.

dnr-news.com: Eine Gruppe von Antifaschistinnen hat nach dem Marsch von ehemaligen SS-Legionären und radikalen Nationalisten den Platz der Freiheit in Riga symbolisch

gesäubert. In Desinfektionskleidung reinigten sie den Asphalt von den Spuren der Waffen SS. Am Freiheitsdenkmal legten die Aktionsteilnehmer einen Kranz im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus nieder.



Dnr-online.ru: Am 17. März um 8:10 wurden auf dem Streckenabschnitt Elenowka-Jushnodonbasskaja beide Gleise gesprengt. Das Territorium befindet sich unter Kontrolle der ukrainischen Streitkräfte.

Nach vorläufigen Daten des Transportministeriums, erfolgte die Zerstörung durch eine Sprengung durch Streitkräfte der Ukraine mit dem Ziel, die Verbindung des Territoriums der DVR und der Ukraine zu zerstören. Der Streckenabschnitt ist wichtig für den Warenaustausch und das Leben in der Republik.

Noch gestern hatte das Transportministerium erklärt, dass die Arbeiten auf diesem Streckenabschnitt bald beendet sind. Für heute war ein Probelauf geplant.

Dan-news.info: In Ugegorsk ist die Wasserversorgung komplett wiederhergestellt, die Stromversorgung zu 95% teilt der Zivilschutzminister der DVR Alexej Kostrubizkij mit. Dieser Zustand war auch vor dem Krieg nicht erreicht worden.

Zur Zeit leben in der Stadt ca. 3500 Einwohner. Die Straßenbeleuchtung funktioniert wieder. Für die Einwohner gibt es eine Sozialkantine. Die Ausgabe von humanitärer Hilfe ist organisiert. Zur Zeit ist die Hauptaufgabe der Wiederaufbau von sozialen Objekten. Der Gesundheitsminister der DVR Wiktor Kutschkowsch teilte mit, dass eine Ambulanz mit zwei Hausärzten und vier Krankenschwestern eröffnet wurde, in den nächsten Tagen soll das beschädigte Krankenhaus wieder aufgebaut werden, vor allem das Dach muss repariert werden.

Dan-news.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der DVR in der Kontaktgruppe, des stellvertretenden Sprechers des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Punkt 4 des Maßnahmenkomplexes zur Erfüllung der Minsker Vereinbarungen verpflichtet Kiew einen Beschluss anzunehmen mit einer Liste der Gebiete, auf die sich der besondere Status erstreckt. Aber in der eingebrachten Beschlussvorlage gibt es eine solche Liste nicht.“

„Die Annahme von Änderungen im Gesetz über den besonderen Status durch die Rada ist ein Bruchpunkt für die Minsker Vereinbarungen. Die Minsker Vereinbarungen sehen keine Änderungen in dem Gesetz über den Status des Donbass vor. Poroschenko fügte eine Reihe von Änderungen ein, die nach unserer Analyse uns zu der Auffassung bringen, dass dieses Gesetz nicht mehr lebensfähig ist.“

Puschilin unterstrich, dass in der DVR „vor solchen Versuchen gewarnt wurde, darunter auch durch einen Brief an die Führer der „normannischen Vier““. „Leider hatten diese Warnungen keine Wirkung auf die Ukraine und sie sind ihren Weg gegangen“, fügte der Bevollmächtigte der DVR bei den Friedensverhandlungen hin.

Im Fall der Nichtannahme der Änderungen kann nach den Worten Puschilins der Friedensprozess auf dem Weg der Lösung unaufschiebbarer Fragen im Rahmen der Unterarbeitsgruppen der Kontaktgruppe weitergeführt werden, wie dies das im Minsker Maßnahmenkomplex vorgesehen ist.

„Wenn die Rada die Veränderungen nicht beschließt, sondern nur eine Liste von Orten, die uns zufrieden stellt – aber das ist jetzt eine „Katze im Sack“, weil diese Liste von Orten nicht veröffentlicht ist – aber wenn so etwas plötzlich geschieht und der Druck Europas genügend ausgeübt wird, so wird uns dies zu einem gewissen Grad wieder an den Verhandlungstisch bringen. Eine Reihe Momente werden in dringender Weise im Rahmen von Untergruppen gelöst werden müssen, deren Umriss im Prinzip auf der letzten Videokonferenz deutlich geworden ist“.

Puschilin wies darauf hin, dass die Position der DVR mit der LVR abgestimmt ist.

Lug-info.com: Erklärung des Vorsitzenden des Volkssowjets der LVR Alexej Karjakin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Die Annahme einer Entscheidung durch die Oberste Rada über eine Bitte (an die UNO und EU) Friedenstruppen auf das Territorium des Donbass zu schicken durchkreuzt die erreichten Minsker Vereinbarungen und kann auch die Ursache für eine Eskalation des Konflikts werden.“

Die Bezeichnung der Territorien der LVR und DVR als „besetzt“ durch die Oberste Rada zeigt, dass Kiew den Frieden nicht nötig hat.

„Wir können nur sagen, dass das von der Ukraine kontrollierte Territorium zeitweilig besetzt ist – dies ist ein Teil des ehemaligen Oblast Lugansk.“

„Weil am 11. Mai die Menschen ihr Wort gesagt haben und Kiew das anerkennen muss.“

„Die getroffene Entscheidung zeigt ein weiteres Mal, dass Kiew nicht am Frieden in diesem Territorium interessiert ist.“

Die Oberste Rada hat heute einen Beschluss angenommen, nach dem die DVR und LVR als „zeitweise besetzte Gebiete“ bezeichnet werden. Gemäß dem Dokument, das vom Tag seiner Veröffentlichung an in Kraft ist, gilt der genannte Status „bis zum Moment des Abzugs aller nicht gesetzlichen bewaffneten Formationen und Militärtechnik sowie Kämpfern und Söldnern vom Territorium der Ukraine und der Wiederherstellung der vollen Kontrolle der Ukraine über ihre Staatsgrenzen“.

Kiew hat die Minsker Vereinbarungen verletzt, indem es den Vertretern der LVR und DVR die Teilnahme an den Verfassungsreformen verweigert, erklärte Karjakin.

So kommentierte er die heutige Entscheidung der Obersten Rada, die Geltung von acht von zehn Paragraphen des Gesetzes über die besondere Ordnung des örtlichen Selbstverwaltung in einer Reihe Gebieten des Donbass bis zur Durchführung außerordentlicher örtlicher Wahlen verschieben.

„In den Minsker Vereinbarungen steht, dass in erster Linie Verfassungsreformen unter Beteiligung der Vertreter von LVR und DVR stattfinden müssen“, sagte er.

„Ein Gesetz über Wahlen muss unter Teilnahme der Vertreter der angegebenen Territorien ausgearbeitet werden. Kiew tut dies alles in einseitiger Weise“, unterstrich Karjakin.

Die heute von der Obersten Rada beschlossene Liste von Gebieten des Donbass, auf die sich der besondere Status erstrecken wird, entspricht nicht dem Gesetz der Ukraine „Über eine besondere Ordnung...“.

„Dort sind keine konkreten Ortschaften erörtert.“

„Dort müssen alle Ortschaften und Territorien erörtert und konkret bezeichnet werden – nicht nur an der Grenze, sondern im ganzen Territorium der LVR“, unterstrich Karjakin.

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der Staatlichen Medien-Holding schnitt Alexandr Sachartschenko das Thema des Wiederaufbaus der Wirtschaft der DVR an. Nach den Worten des Oberhauptes der Republik ist es notwendig, Verbindungen mit der RF wiederherzustellen – dies schafft Arbeitsplätze und soziale Sicherheit für die Bevölkerung. „Eine nicht weniger wichtige Frage ist die die Landwirtschaft – wir müssen uns selbständig mit wichtigen Lebensmitteln versorgen. Alle Ressourcen, die wir haben, sind darauf gerichtet, diesen Bereich zu unterstützen und zu entwickeln. Es ist für uns notwendig maximal die Kohleförderung in den Bergwerken zu entwickeln und sie auf hohem Niveau zu halten. Und ein weiterer wichtiger Bereich unserer Wirtschaft ist die Industrie. Donezk hat sich immer nicht nur durch seinen Ruf als Stadt der Rosen und Bergleute ausgezeichnet, sondern auch durch seinen Maschinenbau. Heute sind ca. 80% der Betriebe in dieser Branche erhalten und 60% bereit zu Arbeit. Wir werden in naher Zukunft ihre Arbeit vollständig wiederaufnehmen, obwohl man mehr als 20 Jahre den Maschinenbaubereich in unserer Region vernichtet hat. In den Plänen ist die Heranziehung ausländischer Investoren.“

„Der Wunsch der Menschen zu arbeiten, schöpferisch zu sein und wiederaufzubauen ist sehr groß. Wie die kommunalen Arbeiter von Donezk sagten: wir werden die Stadt aufräumen aus Prinzip, sogar unter Bombardierungen, wir wollen, dass unsere Stadt schön und sauber ist. Bei uns hat sich bei den Menschen die Weltsicht geändert, es entstand ein Verständnis – meine Stadt, mein Land, mein Bergwerk... Wir schützen die wissenschaftlichen Potentiale und mit unseren Studenten werden wir noch stärker werden. In der zukünftigen Wissenschaft wird die DVR Nobelpreise erhalten.“

„Für das Überleben der Republik und des Volkes ist es notwendig, ganze Branchen unter staatliche Leitung zu stellen, die uns mit allem Notwendigen absichern werden, vor allem Energie und das Gastransportsystem.“

rusvesna.su: Poroschenko bereitet einen großen Krieg in Transnistrien vor.

Die Präsidenten der Ukraine und Rumäniens diskutierten gemeinsame Maßnahmen, um den eingefrorenen Transnistrien-Konflikt (an der Grenze der Region Odessa) „wiederaufzutauen“. Dies sagte Peter Poroschenko während einer Pressekonferenz nach Gesprächen mit dem rumänischen Führer Staatschef Werner Johannis.

"Wir haben vereinbart, unsere Aktionen zu Transnistrien zu koordinieren, um dazu beizutragen, den Konflikt aufzutauen und der souveränen Republik Moldau zu helfen, seine territoriale Integrität wiederherzustellen und die Region Transnistrien in die Republik Moldau zu reintegrieren", sagte Poroschenko.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko verurteilte die Handlungen der ukrainischen Truppen in Konstantinowka heute während eines Arbeitsbesuchs in Debalzewo.

„Dass die ukrainischen Soldaten unsere Frauen vergewaltigen – das ist die Wahrheit, das wissen alle. Dass sie betrunken auf Einwohner schießen, auf den Territorien, die sie kontrollieren, das ist auch die Wahrheit. Ein betrunkenener Soldat hat eine Familie umgefahren, ein Mädchen getötet. Da hat niemand mehr die Kraft, das zu ertragen“, sagte er. Nach den Worten von Augenzeugen, auf die sich die Veröffentlichung „Provinzija“ bezieht, ist am 16. März auf einer der Straßen von Konstantinowka ein Panzer der ukrainischen Streitkräfte auf den Bürgersteig gefahren und hat eine Frau mit Kindern umgefahren. Ein

Kind starb auf der Stelle, die Frau ist im Krankenhaus, das zweite Kind wurde nicht verletzt. Am gleichen Tag hat die Internetausgabe „Nowosti Donbassa“ gemeldet, dass nach dem Vorfall ca. 100 Menschen eine Kundgebung vor dem Wohnheim des Industrietechnikums in Konstantinowka durchführten, wo die ukrainischen Soldaten leben. Als Antwort schossen die Soldaten in die Luft.

„Die Wut der Menschen ist schon so gewachsen, dass sie auf diese Demonstration, diese Kundgebung gegangen sind. Sie wurde gewaltsam unterdrückt, ihr wisst das. Solche Kundgebungen fanden nicht nur in Konstantinowka statt, sie waren in Mariupok, in Kramatorsk, in Slwajansk und sogar in Welikaja Nowoselka“, sagte Sachartschenko.

„Sie können nicht verstehen, dass wir die ukrainische Regierung nicht als unsere ansehen.... Poroschenko kann eine Sache nicht verstehen, dass wir die Donezker Volksrepublik sind“, endete Sachartschenko.

rusvesna.su: In Konstantinowka fordert eine Kundgebung den Abzug der ukrainischen Armee hinter die Stadtgrenze.

Mehr als hundert Anwohner versammeln sich zu einer Protestkundgebung, weitere Menschen kommen dazu. In der Nähe stehen Polizei und Kämpfer der Straf-Bataillone...



abends:

de.sputniknews.com: Staats- und Regierungschefs aus 26 Staaten haben ihre Teilnahme an den bevorstehenden Feierlichkeiten im Mai in Moskau zum 70. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg bestätigt. Dies teilte der russische Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag in Moskau mit.

Unter anderem sagten die Präsidenten von China, Indien, Südafrika, Vietnam, der Mongolei, die Staatschefs von Kuba und Nordkorea, aber auch Vertreter aus Unesco und dem Europarat ihr Kommen zu, so Lawrow. Auch bestätigten die Präsidenten von Tschechien und Zypern, die Regierungschefs der Slowakei und Griechenlands, die Spitzenpolitiker aus Island, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Norwegen ihre Teilnahme.

Vor fünf Jahren hatten 28 ausländische Staats- und Regierungschefs an den Feierlichkeiten

zum 65. Jahrestag des Sieges in Moskau teilgenommen.



rusvesna.su: Einen großflächigen Krieg zwischen Russland und der Ukraine könnte es im April und Mai dieses Jahres geben. Dies sagte auf dem Sender "Redefreiheit" am Montag, dem 16. März der Abgeordnete und Leiter der Fraktion "Block Poroschenko" Jurij Luzenko. Daher Luzenko betonte die Notwendigkeit, die Verteidigungskraft der ukrainischen Armee zu stärken. Nach den Worten des Politikers existiere die Bedrohung durch den umfassenden Krieg tatsächlich...